

Armut darf kein Randthema sein

Von Anne Rossenbach

17. Oktober 2021, 12:45

Armutsbekämpfung ist eine zentrale Aufgabe der Politik und kein Randthema

Der 17.10. ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Armut, zu dem die beiden Fachverbände Sozialdienst katholischer Frauen und Sozialdienst katholischer Männer in Dortmund einen Kongress veranstalten, bei dem Menschen, die von Armut betroffen sind, selbst im Mittelpunkt stehen und zu Wort kommen werden.

„Während des Wahlkampfes kam das Thema Armut nur am Rande vor. Zwei Facetten - bezahlbarer Wohnraum und die Erhöhung des Mindestlohnes - wurden in die Diskussion eingebracht, aber das war es weitgehend. Dabei ist Armut in ganz Deutschland und auch in Köln überall gegenwärtig und müsste eigentlich zu großen gesellschaftlichen und politischen Anstrengungen herausfordern, so Monika Kleine, Vorstand des SkF Köln. Kleine ist überzeugt, dass „Armut in den kommenden Jahren bei sinkenden Rentenniveaus, steigenden Mieten und dem Umbau der Wirtschaft noch zunehmen wird, wenn alles so weiterläuft wie bisher.“ Diese Entwicklung sei schon jetzt in der Arbeit der beiden großen Träger jeden Tag zu spüren.

In Köln wird in diesem Zusammenhang in der letzten Zeit vor allem auf die steigende Zahl von Wohnungslosen hingewiesen, auf Menschen, die verelendet auf der Straße leben oder als Suchtkranke das Straßenbild an zentralen Plätzen prägen.

Die beiden Fachverbände, die sich mit zahlreichen Einrichtungen und Diensten in der Wohnungslosenhilfe engagieren, teilen die Beobachtung um sich greifender Verelendung und fordern ein ämterübergreifendes Vorgehen, bei der aus ihrer Sicht zwingend gebotenen Neuausrichtung der Wohnungslosenhilfe. Eine Initiative, die inzwischen von Teilen der Politik und Verwaltung aufgenommen wurde.

„Aber Armut geht über dieses sichtbare Bild weit hinaus. Es gibt auch versteckt lebende, wohnungslose Menschen, Menschen, die auf Kleider- und Lebensmittelspenden angewiesen sind und die, die jeden Monat rechnen müssen, weil kaum noch etwas zum Leben übrigbleibt, wenn Miete, Stromrechnung und andere laufende Kosten bezahlt sind. Und die Zahl dieser Menschen wird bei den aktuell immer höher werden Lebenshaltungskosten noch deutlich ansteigen“, führt Markus Peters, Vorstand des SKM aus.

In ihren Kindertageseinrichtungen, in der Jugend- und Familienarbeit in den Quartieren, in den Schuldnerberatungsstellen, in der Schwangerschaftsberatung, in der Suchthilfe und natürlich auch in der Wohnungslosenhilfe erleben SKM und SkF seit Jahren, dass immer mehr Menschen von Armut und existentieller Unsicherheit betroffen sind und sie begegnen den Menschen, die die Hoffnung auf Veränderung längst aufgegeben haben. Es fehlt am Glauben, jemals dieser Situation entkommen zu können weshalb sich die Betroffenen auch gesellschaftlich und politisch nicht mehr beteiligen.

„Seit 20 Jahren gibt es die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes, es gibt den Lebenslagenbericht der Stadt Köln – alle kommen zu übereinstimmenden Diagnosen: Armut ist verfestigt. Der Mindestlohn hat ein bisschen Erleichterung gebracht, aber trotzdem arbeiten immer noch 25% der Beschäftigten im Niedriglohnbereich und sind damit oft genug, trotz Vollzeitarbeit, auf ergänzende Leistungen angewiesen, um ihr eigenes Leben und das ihrer Familie bestreiten zu können. Das ist entwürdigend für die Betroffenen und für unsere Gesellschaft“ stellt Monika Kleine fest. Seit mehr als 20 Jahren sei das Problem beschrieben, Daten und Fakten seien erhoben und doch geschehe z.B. bei der Bekämpfung der Kinderarmut immer noch viel zu wenig, um Armut wirklich zu bekämpfen. Stattdessen klappe die Lücke zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander – auch das sei ein Fakt, der gut erforscht und belegt sei.

„In einer neuen Bundesregierung, in einem neuen Parlament muss das Thema Armutsbekämpfung größeres Gewicht bekommen. Es ist kein Randthema und kein Problem, das nur randständige Menschen betrifft, es ist ein Gerechtigkeits Thema, an dem sich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bemisst“, so Markus Peters.

Abschließend fordern die Kölner Verbände eine Abkehr von dem Versprechen auf Chancengleichheit hin zur Zusage von Chancengerechtigkeit, weil nur das Verpflichtung sei, Armut endlich als gesamtgesellschaftliches Problem wahrzunehmen, nicht länger kleinzureden oder an bestimmten Gruppen wie den Obdachlosen und Suchtkranken am Neumarkt situativ zu skandalisieren.